

Beschluss (vorläufig) Kapitel 5: Voranbringen, was uns voranbringt:
Innovation, Bildung und Kultur

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 10.11.2018
Tagesordnungspunkt: EP-V Europawahlprogramm (Kapitel 5)

- 1 In atemberaubender Geschwindigkeit greifen der wissenschaftliche und technische
- 2 Fortschritt
- 3 aus und immer tiefer in unsere Leben ein. Die Digitalisierung prägt, wie wir arbeiten,
- 4 wie
- 5 wir kommunizieren, wie wir denken, wie wir lernen, wie wir reden. Sie wird immer noch
- 6 stark
- 7 von Männern dominiert. Sie stellt die Wirtschaft auf den Kopf und vieles in Frage. Es
- 8 öffnet
- 9 sich ein Raum von ungeahnten Möglichkeiten und Herausforderungen: Nicht nur, dass
- 10 Roboter
- 11 Rasen mähen und Post austragen, sondern auch, dass sie unsere Eltern und
- 12 Großeltern im Heim
- 13 pflegen. Dass ferngesteuerte Maschinen die Felder so passgenau düngen, dass keine
- 14 Nährstoffüberschüsse mehr entstehen. Dass Roboter Kriege führen und über Leben
- 15 und Tod
- 16 bestimmen. Neue Konzerne dominieren die Märkte, und ihre handelbare Ware sind
- 17 unsere
- 18 persönlichen, intimsten Daten. Aus Forschungen werden neue Techniken. Es entsteht
- 19 neue
- 20 Arbeit, alte geht verloren und unsere Art zu arbeiten ändert sich.
- 21 Vieles klingt verheißungsvoll, anderes scheint unheimlich, aber in jedem Fall gilt:
- 22 Technischen Fortschritt kann man nicht aufhalten und auch nicht rückgängig machen.
- 23 Es ist deshalb an der Politik, die Veränderungen entlang der europäischen Werte zu
- 24 gestalten. Das bedeutet, Entwicklungen zu fördern, aber auch zu entscheiden, was
- 25 man
- zulassen will und wie Anwendungen zu regulieren sind. Sinnvoll geht das nur auf
- europäischer
- Ebene. Wenn wir wissen wollen, nach welchen Kriterien Algorithmen bestimmen, wer
- wie viel
- für einen Flug bezahlen muss oder wer in die engere Auswahl für Jobs kommt, dann
- wird das
- kaum national möglich sein. Sonst können sich global agierende Konzerne den
- niedrigsten
- nationalen Standard aussuchen.
- Europa dagegen ist eine Macht. Wenn die EU will, kann sie die digitale Welt zivilisieren.
- Sie muss aus unserer Sicht geeignete Regeln für die Haftung von Maschinen schaffen,
- für die
- Transparenz und Überprüfbarkeit von Algorithmen, sie muss die Diskriminierung durch
- Suchmaschinen, Filter und Co. verbieten. Andererseits gilt es, die Chancen, die sich
- auftun,
- wirklich zu nutzen: Schlüsseltechnologien und Start-Ups mit nachhaltigen

Geschäftsmodellen

26 fördern. Ein neues Forschungsprogramm auflegen, damit Ideen und
Zukunftstechnologien zum
27 Nutzen der Gesellschaft entwickelt werden und der Technologietransfer in die Praxis
28 beschleunigt wird. An neu zu gründenden europäischen Universitäten Wissen bündeln
und so die
29 Innovationskraft vervielfachen.

30 Und für all das gilt: Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung, genauso von Kunst
muss
31 garantiert sein. Kultur und Kreativität müssen sich frei entfalten können, was
angesichts
32 des Drucks, unter dem Kulturschaffende in Ländern wie Ungarn stehen, keine
33 Selbstverständlichkeit mehr ist.

34 Bildung ist dabei der Schlüssel, damit wir für die rasanten Änderungen gewappnet
sind. Das
35 gilt für Kinder und Jugendliche genauso wie für Erwachsene. Wir wollen ein Recht auf
36 Weiterbildung und lebenslanges Lernen EU-weit verankern. Schüler*innen,
Auszubildende und
37 Student*innen sollen Europa konkret erfahren können. Dafür etwa wollen wir das
europäische
38 Erasmus-Programm massiv ausbauen, damit Europa nicht nur für Akademiker erlebbar
wird. So
39 schaffen wir ein Europa als Raum der Kreativität und Innovation, ein Europa, das auf
der
40 Höhe der Zeit ist und die Entwicklungen steuert, statt ihnen hinterherzulaufen.

41 **5.1 Die Digitalisierung zum Wohl der Menschen steuern**

42 Die Digitalisierung kann uns helfen, effizienter und ökologischer zu handeln,
Informationen
43 leichter zu verbreiten und mehr Transparenz herzustellen. Wir wollen den digitalen
Wandel
44 demokratisch, ökologisch, sozial und feministisch gestalten. Wir wollen die Chancen
45 ergreifen, um Arbeit zu erleichtern, um Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit zu
46 verbessern genauso wie die medizinische Versorgung, Ressourcen zu sparen,
Verkehrsunfälle zu
47 vermeiden und Bildungschancen zu erhöhen sowie Innovationen zu fördern.

48 Als Grüne haben wir in Europa mit der Datenschutzgrundverordnung, die wir
maßgeblich mit auf
49 den Weg gebracht haben, einen internationalen Standard gesetzt und schon viel
erreicht.

50 Bürger*innen müssen sich selbstbestimmt im digitalen Raum bewegen können und die
volle
51 Souveränität über ihre Daten behalten.

52 Beim Datenschutz und bei der Daten- und der IT-Sicherheit kann Europa mit
einheitlichen
53 Sicherheitsnormen voranschreiten und somit Wettbewerbsvorteile durch eine an
unseren
54 Grundrechten orientierte Digitalpolitik erreichen. Gerade angesichts der zunehmenden

55 Bedeutung des „Internets der Dinge“ sind höchste Sicherheitsstandards essenziell und
56 sollten
56 gesetzlich verankert werden.

57 Die Digitalisierung trifft auf eine Wirtschaft, in der mit ökologischen Langzeitschäden,
58 Investitions- und Nachfrageschwäche, zu starker Konzentration von Vermögen und zu
59 großem
59 Ressourcen Hunger einiges im Argen liegt. Insbesondere die Plattformökonomie mit
60 ihren
60 Netzwerkeffekten schafft zunehmend Monopole und geschlossene Strukturen. Wir
61 wollen Ordnung
61 in dieses System bringen. Dafür brauchen wir mehr Investitionen, damit unsere
62 Wirtschaft
62 krisenfester und dynamischer wird. Unser Ziel ist eine nachhaltige Digitalökonomie.
63 Um sie
63 zu erreichen, setzen wir auf eine echte Netzneutralität, freie und überprüfbare
64 Software,
64 offene Schnittstellen, Interoperabilität und eine vitale Entwickler*Innen-Community,
65 deren
65 Bemühungen für ein offenes und innovationsfreundliches Internet wir beispielsweise
66 durch die
66 Anerkennung der Gemeinnützigkeit unterstützen. Gegenüber marktmächtigen
67 Plattformen und
67 Anbietern brauchen wir ein Europa, das mit einer Stimme spricht, um für den Schutz
68 von
68 Verbraucher*innenrechten, fairen Wettbewerb und den Erhalt öffentlicher Güter zu
69 sorgen.
69 Trivial- und Softwarepatente lehnen wir ab.

70 Mit Digitalisierung Ökonomie und Ökologie zusammenführen

71 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter
72 zusammenzuführen. Sie
72 schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Mit Videokonferenzen
73 lässt
73 sich Teamarbeit weltweit vernetzen und damit der CO₂-Ausstoß durch Reisen
74 reduzieren. Mit
74 intelligenten Stromnetzen und intelligent vernetzten Transportsystemen können wir
75 unseren
75 Energieverbrauch reduzieren und die Energiewende beschleunigen, mit einer
76 intelligenten
76 Mobilitätsplanung und -steuerung bringen wir die Verkehrswende voran.

77 Dafür wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem ökologischen
78 Potenzial der
78 Digitalisierung widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung
79 kann
79 also zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Gleichzeitig frisst sie
80 aber
80 auch Ressourcen und Energie. So werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die
81 Digitalisierung
81 gebraucht und der Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv.
81 Expert*innen

82 zufolge wird der digitale Energiebedarf 2040 die weltweite Energieproduktion
übersteigen,
83 falls nicht umgesteuert wird. Deswegen wollen wir ein europäisches „Recht auf
Reparatur“
84 schaffen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, langfristig Ersatzteile anzubieten
sowie
85 Reparaturanleitungen zu veröffentlichen. Wir fordern, dass der Zeitraum, in dem
Produkte mit
86 zeitnahen Sicherheitsupdates versorgt werden, für Verbraucher*innen einheitlich und
gut
87 sichtbar gekennzeichnet ist und für eine typabhängige Mindestfrist garantiert werden
muss.
88 Gleichzeitig wollen wir Open-Hardware- und Open-Source-Software-Produkte
besonders fördern,
89 da diese auch nach Ende der Herstellerunterstützung noch weitergenutzt werden
können.

90 Wir wollen als Teil der europäischen Energiewende energiearme IT-Technik
voranbringen und
91 eine europäische „Green IT“-Strategie auflegen. Diese Strategie soll die Forschung und
92 Entwicklung von ultraeffizienten Chips fördern und die europäische Halbleiterindustrie
–
93 eine technologische Schlüsselbranche – in Richtung Nachhaltigkeit stärken. Darüber
hinaus
94 setzen wir uns für „Green IT“-Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für
95 energieeffiziente, nachhaltige Rechenzentren ein. Gerade die europäische Verwaltung
soll in
96 Zukunft „Green IT“-Systeme nutzen. Damit Fortschritte bei der Energie- und
97 Ressourceneffizienz von digitalen Technologien eine größere Verbreitung finden, wollen
wir
98 vor allem Open-Hardware- und Open-Software-Lösungen unterstützen. Zahlreiche
Projekte in
99 diesen Bereichen haben gezeigt, wie der Energieverbrauch und damit auch die Kosten
gesenkt
100 werden können.

101 Digitalen Wandel in der Wirtschaft entschlossen vorantreiben

102 Europas Industrie steht mitten in einem bahnbrechenden Umbruch: Neue Technologien
und
103 Innovationen fassen Fuß, neue Märkte entstehen und neue Wettbewerber treten auf. In
104 zahlreichen Zukunftstechnologien, wie der künstlichen Intelligenz oder autonomen
Systemen,
105 befinden wir uns in einer Aufholjagd gegenüber anderen Weltregionen. Nur
gemeinsam, mutig
106 und visionär kann Europa innovationsstärker werden.

107 Wir wollen, dass die EU kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk bei der
108 Digitalisierung mit unbürokratischen Beratungsangeboten oder Förderprogrammen
unterstützt.

109 Auch wollen wir, dass die jetzt schon an vielen Stellen etablierten und kommenden
110 Möglichkeiten der digitalisierten Arbeitswelt für mehr Freiheit der Arbeitnehmerinnen
und
111 Arbeitnehmer genutzt werden. Die digitale Arbeitswelt birgt aber auch Fallen:
Unfreiwillige
112 Mehrarbeit, dauernde Verfügbarkeit, Arbeitsverdichtung und ständige digitale
113 Leistungskontrolle werden einfacher. Es braucht daher einen guten Arbeitsschutz für
114 Beschäftigte und Selbständige – sowohl gesetzlich wie tariflich.
Dienstleistungsplattformen
115 müssen sich ihrer Verantwortung bei den Arbeitsbedingungen, der Mitbestimmung und
der
116 Entlohnung stellen. Um Menschen eine Perspektive zu bieten, deren Arbeitsplatz im
Zuge der
117 Digitalisierung wegfällt, wollen wir europäische Aus- und Weiterbildungsprogramme
stärken.
118 Dazu möchten wir das Recht auf Weiterbildung europäisch verankern. Fortbildungen
allein
119 schaffen allerdings keine neuen Arbeitsplätze. Durch Digitalisierung ersparte Arbeit
darf
120 nicht Gewinn für die einen und Existenzvernichtung für die anderen bedeuten: Durch
121 Digitalisierung ermöglichte Profite und Zeitkontingente müssen gerecht an alle verteilt

122 werden. Wir müssen daher neue Sozialabgaben- und Besteuerungsmodelle für
Wertschöpfung durch
123 Maschinen und Algorithmen entwickeln und Grundsicherung für Menschen von
Lohnarbeit
124 entkoppeln. Digitalisierung als Gemeinwohl wird so zur Chance für neue menschliche
125 Entfaltungsräume.

126 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Freiheit im Netz zu stärken
und um
127 eine angemessene Vergütung für Künstler*innen und Kulturschaffende sicher zu
stellen. Wir
128 setzen uns für ein europäisches und zukunftsfestes Urheberrecht ein, dass auf den
129 technischen Wandel eingeht. Es muss bürgerrechtskonform sein und die Interessen
von
130 Verbraucher*innen, Verwerter*innen und Urheber*innen fair ausgleichen und die
finanzielle
131 Absicherung von Künstler*innen ermöglichen.

132 Es gibt eine florierende kriminelle Industrie, die mit illegalen Kopien gigantische
Umsätze
133 generiert, ohne die Urheber*innen in irgendeiner Weise zu beteiligen. Um gegen diese
134 illegalen Strukturen vorzugehen, müssen die Täter strafrechtlich verfolgt und
entsprechende
135 Inhalte gelöscht werden. Mit Drittstaaten müssen Vereinbarungen zur
Rechtsdurchsetzung
136 geschlossen werden und Täter grundlegend vom Geldfluss abgeschnitten werden,
indem wir
137 Werbetreibende und Finanzdienstleister, die das illegale System stützen, mit in die
138 Verantwortung nehmen.

139 Die aufwendige Verfolgung von Nutzerinnen und Nutzern war und ist
unverhältnismäßig und
140 nicht zielführend. Wir halten Uploadfilter für den falschen Ansatz und eine fehlerhafte
141 Technologie. An ihrer Stelle müssen neue Vergütungsmodelle eingeführt werden, die
eine
142 einfache und legale Onlinenutzung von geschützten Werken ermöglicht, wie zum
Beispiel eine
143 Pauschalabgabe für Online-Plattformen, die Inhalte kuratieren.

144 Ein Leistungsschutzrecht für Presseverleger lehnen wir ab und es muss klargestellt
werden,
145 dass die Verwendung von Hyperlinks nicht unter das Urheberrecht fällt. Dies gefährdet
die
146 Grundrechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit, die offene Architektur des
Internets und
147 ist in Deutschland bereits grandios gescheitert. Wir setzen uns für eine europäische
148 Schranke für das „Recht auf Remix“ (transformatorische Nutzung) ein. So erhalten wir
die
149 Remix-Kultur im Internet, hören auf, Nutzer*innen zu kriminalisieren, und erleichtern
150 Künstler*innen eine Vergütung für ihre Leistungen. Nutzer*innen digitaler Inhalte
sollen bei
151 Ausleihe und Weiterveräußerung nicht schlechter gestellt werden als bei analogen
Gütern. Für
152 die Digitalisierung des kulturellen Erbes sollen die Fördermittel erhöht und die
153 Gemeinfreiheit erhalten werden.

154 In einem vereinten Europa wollen wir einen offenen Zugang zu Angeboten und
Inhalten einer
155 vielfältigen Kultur sicherstellen und eine europäische Öffentlichkeit fördern. Zur
156 Verbesserung des grenzüberschreitenden Informationsflusses sprechen wir uns für
eine weitere
157 Reduzierung des Geo-Blockings im Internet zum Beispiel beim Zugang zu öffentlichen
158 Fernsehsendern und Mediatheken aus.

159 EU-Forschungsprogramme wollen wir stärken, um bahnbrechende digitale
Technologien zu
160 entwickeln. Gerade bei der Erforschung von künstlicher Intelligenz (KI) wollen wir
161 gesamteuropäisch vorgehen. Deswegen setzen wir uns für ein europäisches
Zentrum für
162 künstliche Intelligenz ein.

163 Europa soll Vorreiterin im Datenschutz bleiben. Auf der Basis der
Datenschutzgrundverordnung
164 (DSGVO) wollen wir deshalb innovative und datenschutzfreundliche Unternehmen als
digitales
165 Alleinstellungsmerkmal Europas fördern und „Privacy by Design“ und „Data Protection
made in
166 Europe“ zum Wettbewerbsvorteil machen. Dazu gehören Investitionen in technische
167 Datenschutzforschung und Anonymisierungstechnologien, insbesondere im
Zusammenhang mit „Big
168 Data“ und Algorithmen. Die öffentliche Hand muss bei der IT-Sicherheit Vorreiter sein.
Bei
169 der Bereitstellung neuer E-Government-Angebote muss sie auf höchste Datenschutz-

- und IT-
- 170 Sicherheitsstandards setzen und Projekte, die diese Ziele befördern, stärker unterstützen.
- 171 Nicht nur im Datenschutz braucht es einen gesamteuropäischen Ordnungsrahmen, sondern auch
- 172 für die von uns Verbraucher*innen genutzten Plattformen. Wie bereits bei SMS und Telefonie
- 173 soll es möglich werden, zwischen den verschiedenen Plattformen und Messenger-Apps wie
- 174 Threema und WhatsApp zu kommunizieren. Außerdem müssen Nutzer*innen, die die Plattform
- 175 wechseln, künftig ihre Daten mitnehmen können. Auch digitale Unternehmen können und müssen
- 176 im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer reguliert werden.
- 177 Damit Unternehmen und Verbraucher*innen von der Digitalisierung profitieren können, braucht
- 178 Europa eine flächendeckende digitale Infrastruktur. Ohne sie wird es keinen vollendeten
- 179 europäischen digitalen Binnenmarkt geben. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-
- 180 Mobilfunk gibt es Investitionslücken von hunderten Milliarden Euro. Deswegen setzen wir uns
- 181 für eine umfassende europäische Investitionsoffensive für den Glasfaserausbau und für eine
- 182 Förderung offener und freier WLAN-Netze ein. Den Ausbau der digitalen Infrastruktur wollen
- 183 wir koppeln an eine weitere rechtliche Stärkung der Netzneutralität, es darf kein „Zwei-
- 184 Klassen-Internet“ geben.
- 185 Wir wollen, dass Investitionen aus Nicht-EU-Ländern durch eine Prüfung der Belange von
- 186 Sicherheit und der öffentlichen Ordnung („investment screening“) kritisch überprüft und ggf.
- 187 untersagt werden können.
- 188 Digitalisierung und Gleichheit: Schutz vor Diskriminierung
- 189 Große Fortschritte bei den digitalen Technologien und der Automatisierung stellen uns als
- 190 europäische Gesellschaft vor grundlegend neue Fragestellungen. In China sehen wir zum
- 191 Beispiel, wie digitale Technologien zur Massenüberwachung und Verhaltenskontrolle genutzt
- 192 werden.
- 193 Digitale Angebote gestalten unser gesellschaftliches Zusammenleben und haben einen starken
- 194 Einfluss auf Rollenbilder und Chancengleichheit, sie sind nicht geschlechtsneutral. Wir
- 195 brauchen daher mehr Frauen als Führungskräfte in Digitalunternehmen, Gründerinnen,
- 196 Urheberinnen und Entwicklerinnen von digitalen Produkten und Angeboten. Mit

speziellen
197 Programmen und gendersensibler Bildung sollen Mädchen und Frauen ermutigt
werden, die
198 Digitalisierung aktiv mitzugestalten.

199 Immer stärker beruhen diese Technologien auf Algorithmen und künstlicher Intelligenz,
die
200 zunehmend Entscheidungen für und über die Bürgerinnen und Bürger treffen. Wir
Grünen wollen
201 jeglicher Diskriminierung durch algorithmische Entscheidungen vorbeugen und
verhindern, dass
202 bestehende gesellschaftliche Ungerechtigkeiten durch selbstlernende Systeme
verstetigt
203 werden. Besonders betroffen sind in diesem Zusammenhang ohnehin
diskriminierungsgefährdete
204 Gruppen wie Frauen, Minderheiten und ärmere Menschen. Zum Beispiel ändert sich
205 personenspezifisch, wer beim Online-Einkauf wieviel bezahlen muss oder wer bei
Straftaten
206 zuerst verdächtigt wird. Es werden gruppenspezifische Werbungen angezeigt oder
Kredite
207 aufgrund von Wohnorten automatisiert verweigert. Wir wollen die ethischen
Implikationen
208 neuer Technologien stärker erforschen und politisch berücksichtigen. Wir wollen auf
209 Europaebene rechtlich verankern, dass algorithmische Entscheidungssysteme generell
210 überprüfbar, anfechtbar und entsprechend ihrer gesellschaftlichen Wirkung reguliert
werden.
211 Wir fordern spezialisierte Schiedsstellen und ein erweitertes Verbandsklagerecht, um
den
212 Schutz vor algorithmischer Diskriminierung zu gewährleisten. Gerade die europäischen
213 Antidiskriminierungsstellen müssen diesbezüglich stärker ausgestattet werden. Alle
Gremien
214 zur Überprüfung von Algorithmen müssen paritätisch mit Frauen und Männern besetzt
sein.

215 Es stellen sich aber auch Fragen, wer wie für eine Fehlentscheidung haftet, die durch
einen
216 Algorithmus getroffen wurde. Die Diskussion über einen ethischen Rahmen für Roboter
und
217 künstliche Intelligenz ist deshalb wahrscheinlich eine der wichtigsten
Zukunftsaufgaben. Wir
218 begrüßen, dass es seit kurzem eine europäische Expertenkommission gibt, die sich mit
219 grundsätzlichen ethischen und rechtlichen Fragen bezüglich Algorithmen, künstlicher
220 Intelligenz und digitalen Innovationen auseinandersetzt. Auch für andere autonome
Systeme,
221 ob im Bereich der Mobilität, der Arbeit oder beim Militär, muss eine europäische
222 Digitaletik entwickelt werden. Wir fordern, dass diese Kommission konkrete
Vorschläge für
223 einen Rechtsrahmen entwickelt.

224 Für uns als Grüne ist es jedoch noch wichtiger, dass die Diskussion um eine neue
225 Digitaletik als gesamtgesellschaftliche Debatte geführt wird. Wir wollen, dass die
226 Europäische Union bei dieser Frage innovativ vorgeht und nach dem Vorbild der
irischen
227 „convention on the constitution“ Bürger*innen der EU auswählt, die die Fragen einer
neuen
228 Digitaletik diskutieren und Vorschläge für eine neue Digitaletik für das Europäische
229 Parlament machen. Damit kann eine gute gesamtgesellschaftliche Debatte begonnen
werden.

230 Digitalisierung und Freiheit: soziale Medien sozial machen

231 Wir als Grüne wollen erreichen, dass digitale Technologien das alltägliche Leben aller
232 Europäer*innen vereinfachen und den Menschen einen leichteren Zugang zu
Informationen
233 ermöglichen.

234 Mit Facebook, Twitter und Co. ist ein digitaler öffentlicher Raum entstanden. Lange Zeit
war
235 damit ein Optimismus verbunden, dass der einzelne Mensch durch die sozialen Medien
nicht
236 mehr bloßer Informations-Empfänger, sondern auch Sender und Multiplikator von
Informationen
237 werden kann und so mehr Freiheit und Aufklärung erreicht wird. In Diktaturen und
Autokratien
238 bieten in der Tat verschiedene internetbasierte Anwendungen Oppositionellen die
Chance, sich
239 zu vernetzen und Inhalte zu verbreiten, die in der kontrollierten Presse verschwiegen
240 werden.

241 Auf der anderen Seite müssen wir aber feststellen, dass die digitale Welt von
Diktaturen und
242 autoritären Regimes zur Festigung ihrer Herrschaft genutzt wird. Hass, Lügen und
243 Unwahrheiten verbreiten sich so leicht wie nie. Auch die völkisch-nationalistische
Rechte
244 organisiert und koordiniert sich über Social Media und nutzt Online-Plattformen für ihre

245 Hetze gegen Antifaschist*innen, demokratische Politiker*innen, Andersdenkende,
Geflüchtete
246 und Minderheiten. Besonders stark betroffen sind Frauen. Beleidigungen,
Vergewaltigungs- und
247 Todesdrohungen sind für im Netz aktive Frauen an der Tagesordnung. Dadurch werden
viele
248 Frauenstimmen zum Schweigen gebracht und aus der Debatte im digitalen
öffentlichen Raum
249 herausgedrängt. Doch ein von Männern dominiertes Internet gefährdet auch die in der
analogen
250 Gesellschaft erreichten Fortschritte von Frauen und somit die Demokratie. Die
Verifikation
251 und Filterung von Quellen und Informationen durch professionelle Journalist*innen
entfällt,
252 wenn Nutzer*innen alles einfach direkt in sozialen Medien verbreiten. Durch die Macht
der

253 Lügen und Unwahrheiten bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt. Um dem
entgegenzuwirken,
254 wollen wir den investigativen Journalismus genauso stärken wie die Medienbildung in
Schule
255 und Weiterbildung, damit sich Bürgerinnen und Bürger kritisch mit den
Wirkungsweisen und
256 Dynamiken sozialer Medien auseinandersetzen können.

257 Wir brauchen in Europa eine vielstimmige Öffentlichkeit, die einen lebendigen
Eindruck von
258 der gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt Europas vermittelt. Die Digitalisierung
259 erlaubt Bürgerinnen und Bürgern, mit eigener Stimme an solchen Debatten
teilzuhaben. Eine
260 partizipative Medienöffentlichkeit trägt zur gesellschaftlichen Selbstverständigung bei.
261 Gleichzeitig können wir die Definition dessen, was auf den Plattformen erlaubt ist und
was
262 nicht, nicht alleine den Betreiber*innen überlassen, sondern müssen dies politisch
regeln.
263 Zudem ist bis heute völlig unklar, nach welchen Kriterien Algorithmen bestimmte
Inhalte wem
264 und warum anzeigen. Das ist intransparent und verhindert einen selbstbestimmten
Umgang mit
265 dem Internet.

266 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 267 • ein Verbot von Diskriminierungen durch Algorithmen und eine Verpflichtung zu
deren
268 Transparenz,
- 269 • den europaweiten Ausbau digitaler Infrastruktur und ein freies und offenes
Internet
270 für alle,
- 271 • ein Ende der anlasslosen Massenüberwachung,
- 272 • Regeln für soziale Medien, damit wir Hass und Hetze wirksam entgegentreten
können.

273 **5.2 Europäische Forschung fördern und Start-ups stärken**

274 Forschung und Entwicklung bilden die Basis, um den Herausforderungen der Zukunft
zu begegnen
275 und unser Leben noch lebenswerter zu gestalten. Ein vertiefter, dynamischer und
weltoffener
276 Forschungsraum in Europa ist von zentraler Bedeutung.

277 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Europäische Union zum Ziel gesetzt,
weltweit
278 führender Innovations- und Forschungsstandort zu werden. Bisher bleibt dieses Ziel
279 unerreicht. Vielmehr konnten die USA ihre Führungsrolle behaupten und China konnte
die EU
280 bei der Höhe der Investitionen in Forschung und Entwicklung überholen. Dies spiegelt

sich in
281 der Entwicklung neuer Technologien wider.

282 Wir wollen Europa als Forschungs- und Entwicklungsregion unterstützen. Besonders im
Bereich
283 der Digitalisierung und Robotik, der Biotechnologie und Nanotechnologie finden
derzeit
284 rasante Entwicklungen statt, und die Europäische Union muss aufpassen, weltweit den
285 Anschluss nicht zu verlieren. Forschung, die uns bei der Bewältigung des Klimawandels
286 unterstützt, muss nachhaltig und langfristig unterstützt werden, nicht nur durch
einzelne
287 Forschungsprojekte, sondern auch durch den Aufbau von europäischen
Innovationszentren und
288 umfangreiche Grundfinanzierung. Neue Entwicklungen in der Batterietechnologie, im
Recycling,
289 in der Verwendung nachhaltiger Ressourcen, in der Wasseraufbereitung und in der
Erzeugung
290 erneuerbarer Energie müssen in Europa vorangetrieben werden.

291 Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ein zentraler Wert demokratischer
292 Verfassungen. Ihre Grenzen liegen in der Menschenwürde, bei tierethischen Prinzipien
und
293 dort, wo hohe Umweltrisiken entstehen. Welche Erkenntnisse und Ergebnisse wir
nutzen wollen,
294 muss immer gesellschaftlich verhandelt werden. Die europäische
Forschungslandschaft besteht
295 heute noch zu sehr aus einem Flickenteppich nationaler Forschungsprogramme,
ineffizienten
296 Doppelungen und einer massiven Spaltung zwischen forschungstarken und
forschungsschwachen
297 Mitgliedstaaten. Und das in einer Zeit, in der angesichts der zahlreichen globalen
298 Herausforderungen sowie des Drucks populistischer Kräfte auf die
Wissenschaftsfreiheit mehr
299 internationale und europäische Zusammenarbeit dringend notwendig ist. Einzelnen für
sich haben
300 die Mitgliedstaaten nicht die finanzielle Durchschlags- und internationale Strahlkraft
301 entwickelt, die es im globalen Wettlauf der Innovationen braucht. Dafür benötigt es
einen
302 ganzheitlichen Ansatz. Noch immer wird das selbstgesetzte Ziel, 3 % des BIP für
Forschung
303 und Entwicklung zu investieren, verfehlt. Noch immer stehen nationale Interessen
beim
304 Kernfusionsprojekt ITER über dem Streben nach wissenschaftlichen Erkenntnissen.
Noch immer
305 scheitern viele kleine und mittlere Unternehmen an einer Teilnahme an den EU-
306 Forschungsprogrammen, weil die Hürden zu hoch, zu kompliziert, zu bürokratisch sind.
Und
307 noch immer bleiben viele gute Ideen aus der Spitzenforschung auf der Strecke oder
werden in
308 anderen Regionen zu Geld gemacht, weil sie nicht in den Markt umgesetzt werden.

309 Ein neues Forschungsprogramm ab 2020

310 Der Zeitpunkt, um dies zu ändern, ist genau richtig. Das aktuelle europäische
311 Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ läuft aus. Jetzt können wir ein
schlagkräftiges

312 Nachfolgeprogramm auf die Beine stellen, das die europäische Forschungslandschaft
vernetzt,

313 Schlüsseltechnologien fördert, den Nährboden für innovative, nachhaltige Start-ups
schafft

314 und die angewandte Forschung und Grundlagenforschung stärkt. Wichtig ist uns dabei
der

315 Beitrag der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zu einem Europa der Innovation.
Bei

316 Förderprogrammen wie „Horizon Europe“ muss darauf geachtet werden, dass die
Kultur-,

317 Geistes- und Sozialwissenschaften verstärkt eingebunden und gefördert werden. Auch
darf die

318 Erforschung gesellschaftlicher Auswirkungen nicht erst nachrangig erfolgen, wenn

319 technologische Fakten bereits geschaffen sind. Transformative Forschung geht für uns
dabei

320 Hand in Hand mit nachhaltiger und gerechter sozialer Innovation.

321 Auch ist es uns wichtig Forschungsergebnisse durch das gezielte Fördern von Open-
Access-

322 Publikationen allen frei zugänglich zu machen. Dazu wollen wir etwa Projekte wie
cOAlition

323 S, die öffentlich geförderte Publikationen frei zugänglich machen, auf europäischer
Ebene

324 vorantreiben.

325 Forschungs- und Innovationsförderung soll auf die großen gesellschaftlichen

326 Herausforderungen von Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit
sowie Krebs-

327 und Demografie-Forschung bis hin zu Machtfragen, wie patriarchale Strukturen,
ausgerichtet

328 werden. Das Nachfolgeprogramm „Horizon Europe“ muss dafür sorgen, dass neue
Ideen schneller

329 marktreif werden und der Technologietransfer in die Praxis beschleunigt wird. Dabei
soll

330 frühzeitig die Nachhaltigkeit und Wirkung des Geschäftsmodells eingeschätzt und

331 berücksichtigt werden. Für umweltverträgliche Zukunftstechnologien wollen wir die

332 Markteinstiegsphase beschleunigen. Die Umwidmung ziviler Forschungsmittel für die
333 Rüstungsforschung lehnen wir strikt ab.

334 Wir wollen ein neues Kapitel europäischer Weltraumforschung aufschlagen: Als

335 Wissenschaftspartei wollen wir die Grenzen menschlichen Wissens auszuweiten und
die

336 fundamentalen Fragen der Physik, des Universums und unserer Existenz erforschen.
Raumfahrt

337 hilft uns, Erkenntnisse über unseren Planeten zu gewinnen (z.B. Klimaforschung,

338 Landwirtschaft, Katastrophenschutz, Wetterprognosen) und trägt zur friedlichen
Kooperation

339 vieler Nationen bei, zum Beispiel durch die Zusammenarbeit mit Russland bei der

340 internationalen Raumstation. Die globale Raumfahrtindustrie ist im Umbruch, für
Europa geht
341 es jetzt darum, souverän in der Weltraumforschung zu bestehen und damit
europäische
342 Innovationen zu befördern. Die EU-Staaten sollten dazu ihre finanziellen
Anstrengungen
343 intensivieren. Wir schlagen eine verstärkte Beteiligung der EU bei der europäischen
344 Raumfahrtorganisation (ESA) und eine noch engere Kooperation mit den nationalen
345 Raumfahrtbehörden vor.

346 Im Bereich Wirtschaftswissenschaften wird die Pluralität der geförderten Denkschulen
und
347 methodischen Ansätze erweitert. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die EU
Forschungen für
348 die Behandlung vernachlässigter Tropenkrankheiten sowie für bessere Medikamente
gegen
349 armutsbegünstigte Krankheiten wie Tuberkulose, Malaria und Ebola fördert. Ebenso
dürfen
350 Forschungsgelder für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen nicht für Geo-
Engineering-
351 Projekte und -forschung zweckentfremdet werden.

352 Forschung wird aber nicht nur durch bessere materielle Ausstattung attraktiv, sondern
auch
353 durch ein attraktives Umfeld und soziale Faktoren, wie eine gute Kinderbetreuung. Wir
wollen
354 in allen EU-Mitgliedsländern faire statt prekäre Karrierewege für Wissenschaftler*innen
schaffen, damit sie uns erhalten bleiben. Echte Wissenschaftsfreiheit setzt eine solide
355 Grundfinanzierung voraus, so dass nicht nur für Unternehmen lukrative
356 Forschungsgebiete
357 bestehen, sondern auch Grundlagen- und kritische Forschung langfristig in der EU eine
Heimat
358 haben: Das muss durch die Förderpolitik gesichert werden.

359 Schutz für bedrohte Wissenschaftler*innen

360 Mit großer Sorge sehen wir, dass international zunehmend politischer Druck auf
361 Wissenschaftler*innen ausgeübt wird. Die Wissenschaftsfreiheit ist ein demokratisch
362 verbrieftes Grundrecht. Wenn in der Türkei mehrere tausend Wissenschaftler*innen
aus
363 politischen Gründen entlassen oder verhaftet werden, wenn in Ungarn Universitäten
bedroht
364 werden, dann ist das eine dramatische Abkehr von der Wissenschaftsfreiheit. Wir
setzen uns
365 dafür ein, dass Wissenschaftler*innen, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und
ihr
366 Land verlassen müssen, in der EU Schutz finden und ihre Forschung frei fortführen
können. Es
367 ist daher unser Ziel, dass die EU einen europäischen „Fonds für verfolgte
368 Wissenschaftler*innen“ einrichtet, aus dem Forschungsaufenthalte an Universitäten,
369 Hochschulen und weiteren Forschungseinrichtungen für solche
Gastwissenschaftler*innen

370 finanziert werden können. In mehreren grün mitregierten Bundesländern haben wir mit
einem
371 solchen Fonds schon erste Erfolge erzielt. Zudem kommt dadurch auch neue,
inspirierende
372 wissenschaftliche Expertise in die EU. Dies stärkt den Wissenschaftsstandort, aber
auch den
373 Ruf und das Ansehen Europas als Kontinent des politisch gelebten Humanismus.
374 Rückenwind für Start-ups
375 Gerade den Pionieren – den Start-ups – wollen wir Rückenwind geben und dafür
sorgen, dass
376 sie mit frühzeitigen Finanzierungsprogrammen und Infrastruktur unterstützt werden.
377 Insbesondere Frauen wollen wir bei der Gründung von Unternehmen und bei der
378 Forschungsförderung unterstützen. Für die erfolgversprechendsten Start-ups fordern
wir einen
379 „Europäischen Startup Pass“. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen
europäischen
380 und nationalen Start-up-Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch
sogenannte
381 Inkubatoren, also Einrichtungen, die sie auf dem Weg in die Selbständigkeit begleiten,
zu
382 erhalten. Sie sollen außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung
zur
383 Rechtslage und zu Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische
Mitarbeiterinnen
384 des Start-ups bekommen. Um die europäische Start-up-Landschaft weiter zu fördern
und zu
385 stärken, wollen wir auch mit den Mitteln des Europäischen Fonds für regionale
Entwicklung
386 dafür sorgen, dass in jedem EU-Mitgliedsland ein One-Stop-Shop für Start-ups mit
387 niedrigschwelliger Beratung verfügbar ist. Diese niedrigschwelligen Beratungen wollen
wir
388 untereinander vernetzen, damit die europäische Start-up-Szene weiter
zusammenwächst. Jungen
389 Menschen wollen wir durch ein Förderprogramm für Start-ups dabei helfen, Jobs zu
schaffen,
390 wo kaum noch welche zu finden sind.
391 Auch erfolgversprechende nichteuropäische Start-ups wollen wir gewinnen. Dafür
fordern wir
392 ein „Europäisches Startup Visum“, ähnlich dem französischen „Tech Ticket“. Neben
dem Visum
393 sollen ausländischen Start-ups auch Beratungsangebote und finanzielle Unterstützung
394 angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

395 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 396 • ein neues Forschungsprogramm, das angewandte und Grundlagenforschung
397 gleichsam in den
398 Blick nimmt,
- 398 • Wissenschaftsfreiheit und den Schutz von bedrohten Wissenschaftler*innen,
- 399 • eine Gründerförderung durch einen Start-up-Pass und durch Start-up-Visa.

400 **5.3 Ein Versprechen an die nächste Generation**

401 Europas Zukunft ist die Jugend. Die Europäische Kommission hat eine Initiative
gestartet,
402 die Europas Jugend kostenloses Reisen verspricht, um so junge Europäer*innen von
Europa zu
403 begeistern (DiscoverEU). Für uns ist klar, dass dies nicht zu Lasten bestehender und
404 erfolgreicher Projekte innerhalb des Jugendbudgets gehen darf. Wir setzen uns dafür
ein,
405 dass das Programm für alle jungen Menschen in Europa zugänglich wird und um
wichtige
406 interkulturelle Bildungskomponenten ergänzt wird. Nur im Rahmen der gesamten
Jugendstrategie
407 und durch zusätzliche Möglichkeiten wie temporäre Freiwilligendienste und die Pflege
eines
408 Netzwerkes unter den Jugendlichen kann ermöglicht werden, dass #discoverEU
tatsächlich zur
409 Bildung einer europäischen Identität beiträgt, und nicht nur tausende parallele
individuelle
410 Reisen beinhaltet.

411 Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für Gestaltung von Freizeit und
Bildung von
412 Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer Zivilgesellschaft muss sichergestellt
werden,
413 dass ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen wertgeschätzt wird, und
Jugendarbeit nicht
414 an bürokratischen Hürden scheitert. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und
415 Vereinfachung der Projektförderung über Erasmus+ aus.

416 Die Vielfalt der Sprachen innerhalb Europas ist eine unserer stärksten kulturellen
417 Bereicherungen. Das Erlernen von neuen Sprachen öffnet neue Realitäten; und
trotzdem ist
418 dies für viele Kinder und Jugendliche derzeit abhängig von der jeweiligen Qualität der
419 Schulbildung oder des Einkommens der Erziehungsberechtigten, die
Sprachaufenthalte oder
420 Sprachunterricht finanzieren können. Gleichzeitig bietet das Internet Chancen für
421 kostengünstige, effektive und breit gestreute Weiterbildung. Die Institutionen der
422 Europäischen Union verwenden bereits jetzt viele Sprachen alltäglich, unterstützt
durch eine
423 Vielzahl an Dolmetscher*innen. Wir wollen eine offene digitale Plattform entwickeln,
über
424 die sich alle europäischen Bürger*innen andere europäische Sprachen einfach und

effektiv

425 aneignen können.

426 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind derzeit im politischen Geschehen
massiv

427 unterrepräsentiert. Dabei haben politische Entscheidungen, die wir heute treffen, für
genau

428 diese die größte Auswirkung. Wir denken, dass Kinder und Jugendliche ein
Mitspracherecht für

429 das Europa und die Welt, in der sie leben möchten, haben sollen. Daher erschaffen wir
ein

430 europäisches Jugendparlament, das durch ein Losverfahren bestimmt wird, und in dem
selbst

431 Jugendliche sitzen, debattieren und abstimmen. Das Europäische Jugendparlament ist
beratend

432 zum Europäischen Parlament und wird strukturell garantieren, dass die Stimme der
jeweils

433 nächsten Generation gehört wird.

434 **Wer GRÜN wählt, stimmt für**

435 • Zielgerichtete Implementierung des #discoverEU-Projekts,

436 • Unterstützung von Jugendinitiativen und Jugendverbänden,

437 • Entwicklung eines kostenlosen digitalen Sprachenzentrums,

438 • Einrichtung eines europäischen Jugendparlaments zur besseren Partizipation
junger

439 Menschen.

440 **5.4 Bildung europäisch leben**

441 Wir wollen grenzüberschreitende Bildungsangebote. In einem anderen europäischen
Land die

442 Schule zu besuchen, zu studieren oder eine Ausbildung oder Praktika zu machen, dort
zu leben

443 und zu lernen, hat heute schon für Millionen Menschen die europäische Gemeinschaft
konkret

444 erfahrbar gemacht. Wenn der Austausch über nationale Grenzen hinweg zu einem

445 selbstverständlichen Bestandteil der Bildungsbiografie aller Unionsbürger*innen wird,
ist

446 ein wichtiger Schritt zur Stärkung der europäischen Gemeinschaft geschafft. Bisher
reicht

447 der Horizont von Bildungspolitik jedoch viel zu oft nur bis zur Landes- oder
Staatsgrenze.

448 Bildungserfahrungen im Ausland sind viel zu oft noch ein Privileg für
Akademiker*innen und

449 Menschen mit guten Einkommen.

450 In der Geschichte Europas war und ist Diskriminierung immer wieder auch mit dem
Ausschluss

451 von formaler Bildung verbunden. Ein Beispiel hierfür ist das Schulungsverbot von
Sinti und

452 Roma unter den Nationalsozialisten, das sich heute noch negativ auswirkt. Wir wollen,
dass
453 Europa für solche Bevölkerungsgruppen die Tür zu Bildung aufstößt. Dafür wollen wir
einen
454 EU-Bildungsfonds einrichten für Menschen, die selbst oder deren Familien strukturell
von
455 formaler Bildung ausgeschlossen waren oder sind. Daraus sollen Stipendien finanziert
werden,
456 um Schulausbildungen nachzuholen oder Berufsausbildungen zu finanzieren. In
Zukunft müssen
457 nicht nur Universitätsabschlüsse, sondern auch Berufsausbildungen sowie Fort- und
458 Weiterbildungen innerhalb Europas in jedem Land der EU anerkannt werden.

459 Wir wollen auf der europäischen Ebene in allen Bildungsbereichen die Vernetzung und
460 gemeinsame Arbeit in Projekten der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fördern.
Dabei sind
461 für uns insbesondere Großschutzgebiete wie Nationalparks wichtige Partner in der
462 Umweltbildung. Deshalb werden wir uns auch für die Bereitstellung von Fördermitteln
für bi-
463 und multilaterale europäische Bildungsprojekte und Netzwerke für nachhaltige
Entwicklung
464 stark machen. So erreichen wir, dass sich viele aktiv an der Gestaltung einer
ökologisch
465 verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Gesellschaft
beteiligen
466 und somit das Zusammenleben in Europa gestärkt wird.

467 Wir wollen, dass in der gesamten Europäischen Union der freie Zugang zu qualitativ
468 hochwertiger Bildung garantiert wird.

469 Jugendfreiwilligendienst in Europa garantieren

470 Wir stehen für ein Europa der engagierten Zivilgesellschaft. Wir wollen das große
Engagement
471 gerade von jungen Europäerinnen und Europäern in der Gesellschaft für und mit
anderen
472 fördern und unterstützen.

473 Alle jungen Menschen in Europa, die sich für die Gesellschaft in Form eines freiwilligen
474 Dienstes für ein Jahr engagieren möchten, müssen dies auch können. Deswegen
setzen wir uns
475 für eine europaweite Garantie ein. Sowohl der europäische als auch die nationalen
Dienste
476 müssen so ausfinanziert sein, dass auch Jugendliche aus Elternhäusern mit geringem
Einkommen
477 diese Möglichkeit nutzen können. Dafür wollen wir 1 Million Plätze im europäischen
478 Freiwilligendienst schaffen und über Erasmus+ hinaus zusätzliche europäische Mittel
zur
479 Finanzierung einsetzen.

480 Erasmus für alle

481 Das europäische Austauschprogramm Erasmus ist ein Markenzeichen und eine der
großen

482 Erfolgsgeschichten Europas. Es hat in den 30 Jahren seines Bestehens die Biografien
vieler
483 junger Europäer*innen geprägt. Der Freiheitsraum Europa wurde so für Millionen
Menschen Teil
484 ihres Lebensgefühls.

485 Wir wollen, dass alle jungen Menschen in der EU unabhängig vom Geldbeutel ihrer
Eltern und
486 von der Schule, die sie besuchen, während ihrer Schulzeit, Ausbildung oder ihres
Studium die
487 Chance haben, an einem Austausch mit dem europäischen Ausland teilzunehmen.
Dazu möchten wir
488 das Erasmus-Programm massiv ausbauen, für Schüler*innen, Auszubildende und
Studierende.

489 Eine oder zwei Wochen als Schüler*in in ein anderes europäisches Land zu reisen, dort
den
490 Alltag in einer Familie zu erleben und die Schule zu besuchen – diese Erfahrungen so
vielen
491 jungen Europäer*innen wie möglich zu eröffnen, ist eine der besten Investitionen in
den
492 Zusammenhalt Europas. Wir wollen Lust und Neugierde auf Europa wecken,
unabhängig vom
493 Geldbeutel der Eltern und auch für die Länder Europas, deren Sprache nur selten in
494 Deutschland auf dem Lehrplan steht.

495 Dafür muss Erasmus+ beim Schulaustausch aber viel einfacher zugänglich gemacht
werden. Heute
496 können oft nur die Lehrkräfte an gut ausgestatteten Schulen den Aufwand betreiben,
den die
497 EU verlangt. Zu detaillierte Voraussetzungen, wie zum Beispiel das Kriterium, dass an
dem
498 Austausch junge Menschen aus mehreren Ländern und nicht nur aus zwei Ländern
teilnehmen
499 müssen, stellen unnötige Hürden dar.

500 Statt absurd überbürokratisierter Programme wie Move2Learn, Learn2Move, die auf
nur ca.
501 5.000 Teilnehmer*innen EU-weit pro Jahr ausgelegt sind, wollen wir breit zugängliche,
502 einfache und pauschalierte Antrags- und Förderverfahren für Schulen, so dass die
Programme
503 wirklich genutzt werden können. Wir wollen einen rechtlichen Rahmen für
504 Schüleraustauschprogramme anbieten, damit der Aufwand für Lehrer*innen und
Schulen so gering
505 wie möglich ist.

506 Nach wie vor erreichen die Angebote zu wenige Azubis und junge Arbeitnehmer*innen.
Dabei
507 sind Auslandspraktika in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine hervorragende
508 Möglichkeit, interkulturelle und zusätzliche fachliche Kompetenzen zu erwerben. Hier
geht
509 also noch mehr: Wir wollen das Informationsangebot verbessern, Antrags- und

- 510 Anerkennungsverfahren einfacher gestalten und passgenaue Unterstützungsangebote einrichten.
- 511 Das bisherige Ziel der EU, der Hälfte eines Jahrgangs von Studierenden einen
512 Auslandsaufenthalt in einem anderen europäischen Land zu ermöglichen, wurde noch
513 nicht erreicht. Um in die Welt zu gehen, braucht man eine soziale Absicherung. Daher wollen
514 wir Risiken und Barrieren, die der Mobilität von Studierenden im Wege stehen, ausräumen
515 und eine soziale Staffelung der Erasmus-Unterstützung verbindlich machen. Sie kann für
516 weniger wohlhabende Studierende bis zu einem Vollstipendium reichen. Auch für Menschen mit
517 Kind(ern) soll ein Auslandsaufenthalt durch entsprechende Unterstützung möglich sein.
- 518 Eine europäische Gesellschaft braucht Europäische Universitäten
- 519 Wir Grünen unterstützen die Idee der Gründung Europäischer Universitäten.
Hochschulen sind
520 eine europäische Erfindung, sie prägen Geistesleben, Wissenschaft und Kultur unseres
521 Kontinents seit Jahrhunderten. Aufgabe einer Europäischen Universität ist es, eine
522 ganz Europa umfassende wissenschaftliche Bildung zu verankern und die Verknüpfung
523 bislang national geprägter Wissenschaftsdisziplinen zu fördern. In Lehre und Forschung
524 bündelt sie vorhandene Kräfte und Kompetenzen mit dem Anspruch, zu den besten Hochschulen
525 der Welt zu gehören.
- 526 Institutionelles Vorbild bzw. Kern für Europäische Universitäten können das
Europäische
527 Hochschulinstitut in Florenz, die Europa-Universität Viadrina, die Europa-Universität
528 Flensburg oder bestehende Kooperationen, wie zum Beispiel der Hochschulverbund
Eucor - The
529 European Campus - sein. Dort arbeiten fünf Universitäten am Oberrhein bereits seit
530 Jahrzehnten zusammen und kooperieren in vier strategisch bedeutenden
531 Forschungsschwerpunkten. Wir wollen europäischen Austausch in jedem
Lebensabschnitt fördern.
- 532 Dafür streben wir ein EU-Austauschprogramm an, in dem Berufstätige ihren erlernten
Beruf für
533 eine Weile in einem anderen Mitgliedsstaat ausüben können.
- 534 **Eine europäische Zentrale für politische Bildung**
- 535 Wir Grüne fordern den Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung und
536 unterstützen Vorhaben, die den institutionalisierten Aufbau einer unabhängigen und
537 wissenschaftsorientierten Institution auf europäischer Ebene zum Ziel haben. Diese
Zentrale
538 soll unter dem Eindruck des Beutelsbacher Konsens von 1976 stehen und
Kontroversität, das
539 Überwältigungsverbot und eine Schüler*innenorientierung (Studierendenorientierung)
540 berücksichtigen. Wir erhoffen uns von einer solchen Zentrale neue Impulse für die

politische
541 Bildung europaweit und ein verbessertes Angebot für Schulen und Universitäten.
Forschung und
542 Aufklärung im Bereich der politischen Bildung werden in Zeiten von Fake News und
stärker
543 werdenden rechtspopulistischen Strömungen ein immer wichtigerer
544 Bestandteil für die Gesellschaft werden. Um auf diese Tendenzen angemessen
reagieren zu
545 können, ist eine Vernetzung der Akteur*innen immens wichtig. Eine Zentrale für
politische
546 Bildung kann genau hier ansetzen und Europa politisch weiterbilden.

547 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 548 • Ausbau des europäischen Freiwilligendienstes,
- 549 • Erasmus-Programm für alle,
- 550 • Europäische Universitäten,
- 551 • sozial-ökologische Bildungsprogramme.

552 **5.4. Europas kulturelle Vielfalt fördern**

553 Die europäische Idee lebt durch die Inspiration kultureller Vielfalt, durch das seit
nunmehr
554 70 Jahren weitestgehend friedliche Miteinander der Europäerinnen und Europäer und
durch die
555 Verständigung auf Freiheit und Recht als fundamentale Grundwerte. Nur wenn es
gelingt,
556 Europa auch als einen transnationalen Kulturkosmos in gegenseitiger Wertschätzung
seiner
557 verschiedenen kulturellen Identitäten zu begreifen, kann es seine ökonomische und
558 ökologische Bedeutung in der Welt nachhaltig weiterentwickeln. Kultur und Kunst sind
559 besonders dazu geeignet, für die europäische Öffentlichkeit identitätsstiftende
560 Bindungskräfte zu entfalten und die Institutionen und Regeln eines nachnationalen
Europa mit
561 Leben zu erfüllen. Grüne Kulturpolitik beruht auf dem Grundverständnis, dass Kultur
562 elementarer Bestandteil menschlichen (Zusammen-)Lebens ist.

563 Wir wollen europaweit die Investitionen in Kultur und Kunst ausweiten und den
564 Kulturaustausch zwischen Europa und der Welt fördern. Europa hat in seiner
wechselhaften und
565 oft dramatischen Geschichte ein kulturelles Verständnis ausgeprägt, das weit über
seine
566 Grenzen hinaus eine hohe Anziehungskraft entfaltet. Die Dichte der Theaterlandschaft,
seine
567 vielfältige Musik, bildende Kunst und Literatur, seine Museen, Bibliotheken und
Architektur
568 formen in ihrem historischen Bewusstsein und in immer wieder neuen Gestaltungen
kulturelle
569 Bezugspunkte in unseren Städten und Gemeinden. Wir wollen eine europäische
Kulturpolitik,

570 die die vielen regionalen kulturellen Ausprägungen seiner 500 Millionen
571 Bewohner*innen
572 lebendig hält. Gleichzeitig wollen wir die Idee einer gemeinsamen Kultur durch die
573 Reflexion
574 der europäischen Aufklärung, die Erinnerung und Aufarbeitung der Geschichte sowie
575 die
576 wechselseitige Neugier auf kulturelle Werte der Nachbarn durch eine Förderung
577 grenzüberschreitender Kulturprojekte auch mit anderen Regionen dieser Welt fördern.
578 Dazu
579 gehört auch das Gedenken und systematische Aufarbeiten der gemeinsamen
580 Kolonialgeschichte
581 Europas. Eine lebendige Kulturpolitik, die Vielfalt und Innovation zulässt und fördert,
582 ist
583 eine wichtige Grundlage zur Weiterentwicklung der Demokratie in Europa.

578 Der Kulturreichtum Europas macht unsere Gesellschaften nicht immun gegen
579 Populisten und den
580 neuen Nationalismus von rechts und links. Allzu oft werden Kulturgüter und -bräuche
581 von
582 demokratiefeindlichen Gruppen für ihre Zwecke missbraucht. Aber Kultur ist auch das
583 Banner,
584 unter dem sich die Kräfte der Freiheit vereinen. Oftmals gehen gerade
585 Kulturschaffende für
586 ein vereintes Europa, gegen rechte Gewalt und für die Rechte von Minderheiten und
587 Geflüchteten auf die Straße.

584 Wir wollen, dass Europa die Kraft der Kultur als zentrales Instrument der
585 Demokratieförderung viel stärker in den Blick nimmt. Wir unterstützen eine
586 selbstbestimmte
587 und unabhängige Kulturszene. Dabei gilt es, möglichst viele Menschen in Europa an
588 kulturellen Diskursen zu beteiligen, das wechselseitige Kennenlernen und die
589 Auseinandersetzung mit den Werten der jeweils anderen zu befördern, die Diversität in
590 Kultureinrichtungen und bei Projektförderungen zu erhöhen und Gender-Gerechtigkeit
591 zu
592 gewährleisten. Auch für bislang ausgeschlossene und sozial benachteiligte Menschen
593 soll
594 kulturelle Teilhabe selbstverständlich möglich sein. Es ist zudem Aufgabe der Politik,
595 für
596 die faire Bezahlung künstlerischer Leistungen zu sorgen. Die Vergabe von
597 Fördermitteln muss
598 transparent und gerecht erfolgen, gleichwohl sollte das Verfahren auch kleineren und
599 diversen Projektträgern eine erfolgreiche Teilnahme ermöglichen. Aufgrund der
600 innerhalb
601 Europas unterschiedlich gut ausgebauten Fördersysteme müssen die Anforderungen
602 an die Ko-
603 Finanzierung nach Ländern verbessert werden.

597 Wir wollen Künstler*innen und Kreative in die Lage versetzen, dass ihre Werke
598 angemessen
599 vergütet werden. Wir setzen uns daher dafür ein, die Vergütungslücke zwischen
600 Urheber*innen,
601 ihren Labels und Verlagen sowie zu Online-Plattformen („Value Gap“) zu schließen.

Dazu

600 gehört auch ein modernes Urhebervertragsrecht und eine adäquate Arbeitsmarkt- und

601 Sozialpolitik für Kreative und Künstler*innen auf europäischer und nationaler Ebene.

602 Wir wollen den europäischen Film – vor allem regionale Produktionen – stärken und eine

603 ökologisch und sozial nachhaltige Filmproduktion befördern, geschlechtergerechte Zugänge zu

604 Fördermitteln ermöglichen, künstlerische Qualität befördern und den Vertrieb europäischer

605 Filme und die Entwicklung qualitativ hochwertiger Computerspiele stärker unterstützen.

606 Der deutsch-französische Fernsehkanal arte ist ein Beispiel für mediale Zusammenarbeit, die

607 länderübergreifendes Verständnis und damit europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt.

608 Wir wollen einen europäischen Fernsehsender, der mit Produktionen in den verschiedenen

609 Sprachen und aus den Mitgliedsstaaten, mit europäischen Nachrichten aus Politik, Kultur und

610 Wirtschaft bis hin zu einem Vollprogramm mit Sport und Unterhaltung das gegenseitige

611 Verständnis stärkt und deutlich macht, dass Europa ein Kontinent der Einheit in Vielfalt

612 ist.

613 Wer GRÜN wählt, stimmt für

614 • europaweite Investitionen in Kultur und Kunst,

615 • die Förderung des europäischen Kulturaustauschs,

616 • die Förderung des europäischen Films,

617 • die Förderung der europäischen Computerspiel-Entwicklung.